Corona | Wie die Regierung während der Krise kommunizierte

Experten diskutierten an der Universität Wien über die Strategie der Bundesregierung. Panikmache sei dabei ein gewolltes Mittel gewesen.

10.30 Uhr, 23. Juni 2020

Mit welchen Mitteln die Regierung während der Coronakrise kommuniziert hat und wie sich das mit der Zeit veränderte, haben Experten aus Wissenschaft und Politik bei einer Veranstaltung der Universität Wien am Montagabend diskutiert. Im Mittelpunkt stand die Frage, welche Wirkung Sprache in Zeiten von Corona hat, wenn persönliche Treffen nicht möglich sind.

© APA/ROLAND SCHLAGER

Präsenz zeigen, ein klarer Fahrplan, Empathie, Glaubwürdigkeit und Panik vermeiden - das sind für Kommunikationsforscher **Jörg Matthes** von der Universität Wien in der Anfangsphase einer Krise die wichtigsten Punkte der Krisenkommunikation. "Da war natürlich klar, dass man jeden Tag den Medien häppchenweise Stoff liefert", sagte Polit-Berater **Thomas Hofer**. Zu Beginn hätte man damit gezeigt, dass man der Geschichte voraus sei, also die Situation im Griff habe, ist sich Hofer sicher.

MEHR ZUM THEMA

GEMEINDEN IM FOKUS: MUR- UND MÜRZTAL
Die Feuerprobe nach dem türkisen Schock

SPORTMINISTER IN DER PRESSESTUNDE
Kogler: Fußballtrainings sind ab Juli wieder erlaubt

RADIOINTERVIEW
Kogler: Ökosteuerreform kommt wie geplant

"Angstmache"

"Die Angstmache, die dann passiert ist, ging ganz stark im Einklang mit Bergamo und Madrid", sagte Sprachwissenschafterin **Ruth Wodak** von der Universität Wien. Während in den Medien Bilder von Massengräbern und überfüllten Leichenhallen kursierten, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP), dass jeder bald jemanden kennen würde, der an Corona gestorben sei, obwohl in der Mehrheit der Prognosen dies in Österreich für unwahrscheinlich beurteilt worden sei.

"Wenn die Angst einmal dominiert, ist es schwer, zur Vernunft zurückzukehren", sagte Matthes. Seiner Meinung nach verstärkte die Aussage von Kurz die Unsicherheit der Bevölkerung deutlich. Das sieht Matthes als gewollt an, denn das Vertrauen in die Politik sei zu diesem Zeitpunkt unter anderem aufgrund fehlender Hilfsgelder und nicht klarer Maßnahmen schon gesunken.

Auch heute seien die Folgen der gezielten Angstmache noch spürbar, meinte Matthes. Viele Menschen trauten sich nicht, andere Menschen selbst mit genügend Sicherheitsabstand zu sehen.

news letter

Petition fordert Abriss | Denkmaldebatte auch in Wien angekommen

Fixkostenzuschuss | So kommen Sie rasch zu Geld vom Staat

"Mahnung für die Zukunft" | Baustart für Shoah-Gedenkmauer in Wien

mein ung

Sorgloser Umgang mit dem Virus | Steht Corona vor dem Comeback?

4 Wochen für 0 €